

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam von den Mitgliedern des Sozial- und Gesundheits- und des Jugendhilfeausschusses beraten, und die Ausschussvorsitzenden weisen darauf hin, dass anschließend getrennte Abstimmungen erfolgen werden.

Herr Klimm bringt für die SPD-Fraktion einen an den Jugendhilfeausschuss gerichteten Änderungsantrag ein, den Herr Zielke inhaltsgleich in den Sozial- und Gesundheitsausschuss einbringt (s. Anlage).

Die Vorsitzenden geben Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber Gelegenheit für Erläuterungen.

Die Maßnahmenvorschläge seien zusammen mit Verbänden erarbeitet worden und pro Maßnahme würden den Gremien - auch im Hinblick auf die entstehenden Kosten – Einzelvorlagen zur Entscheidung vorgelegt werden.

Herr Hellberg führt zu den Einzelmaßnahmen im Rahmen einer Präsentation Weiteres aus. Anschließend sprechen Mitglieder aller Fraktionen ihren Dank für die Vorlage aus, und es folgt eine Frage- und Diskussionsrunde.

Herr Inci betont, dass Prävention effektiver sei als später eine rückwirkende Armutsbekämpfung und appelliert an alle Fraktionen, den Weg der Prävention zu unterstützen.

Herr Voigt weist auf zu erwartende hohe Summen hin.

Frau Schwede-Oldehus merkt an, dass Eltern- und Erwachsenenbildung sehr bedeutsam seien, dass es in Neumünster viele verschuldete Menschen gebe und hier jedes dritte Kind von Hartz IV leben würde; mehr als 50 % der Neumünsteraner Familien lebten von Sozialleistungen.

Sie sehe einen umfassenden Handlungsbedarf und spreche sich für eine Evaluation aus.

Herr Fieroh dankt ebenfalls für die bisherige gute Zusammenarbeit und hofft, dass genügend Ehrenamtliche gefunden werden. Er weist darauf hin, dass hinsichtlich derer Tätigkeit noch Haftpflichtversicherungsfragen zu klären seien.

Herr Mohr begrüßt präventive Investitionen in die Bildung von Kindern und Jugendlichen; diese seien auch wichtig für einen attraktiven Standort Neumünster. Er gibt zu bedenken, dass nicht alle Wirkungen messbar seien.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber weist auf die - teilweise präventiven - Schwerpunktsetzungen sowie die Einzelmaßnahmen hin. Die Zielsetzungen der einzelnen Maßnahmen sollen noch konkreter erläutert sowie Zwecke und Indikatoren benannt werden.

Herr Grassau plädiert für langfristiges, Dekaden umfassendes Denken bei der Armutsbekämpfung, denn oft würden nur die Symptome bekämpft werden.

Frau Janssen regt an, SprachmittlerInnen sollten so früh wie möglich Gespräche mit Müttern aus anderen Kulturen führen.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber weist auf die Funktion der SprachmittlerInnen bei Übersetzungen sowie deren indirekter Deeskalationswirkung in den Schulen durch Gespräche mit Lehrkräften als auch Eltern hin.

Herr Hellberg setzt seine Präsentation mit dem Schwerpunkt auf die Maßnahmen, die in 2018 begonnen werden sollen, fort.

Dabei wird diskutiert, dass das Land über Bildung und Teilhabe das Mittagessen an Grund-

und Förderschulen sowie an Kindertagesstätten finanzieren wolle für SGB II-, Wohngeld- und KindergeldzuschlagbezieherInnen und ob dies stigmatisierend für die Kinder sei.

Herr Voigt weist auf eine zu diesem Thema noch zu erwartende Vorlage hin.

Der Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses lässt die Mitglieder über den Änderungsantrag abstimmen.

Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

Danach lässt der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses die Mitglieder über den Änderungsantrag abstimmen.

Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

Anschließend lassen die Ausschussvorsitzenden die beiden Ausschüssen getrennt über die geänderte Gesamtvorlage abstimmen.

Beide Ausschüsse stimmen der geänderten Vorlage jeweils einstimmig zu.

Beschluss:

Geändert beschlossen.

Endg. entsch. Stelle:

Ratsversammlung